

Regierungserklärung zu den Anschlägen von Paris

Im Kampf gegen den Terror

17 Menschen starben bei den Terroranschlägen in Paris. Die Welt ist erschüttert. Diese Anschläge, so Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt in der Debatte zur Regierungserklärung am Donnerstag, seien auch ein Anschlag auf die offene Gesellschaft der westlichen Welt. Man müsse nun aber überdenken, ob man im Kampf gegen den Terrorismus alles getan habe, betonte Hasselfeldt zugleich.



Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Geschlossen gegen den Terror: Zur Mahnwache in Berlin kamen tausende Menschen.

„Unsere Werte sind stärker als der Terror“, bekräftigte Gerda Hasselfeldt im Plenum des Deutschen Bundestages. Gemeinsam stehe man für Freiheit, Demokratie und Toleranz. Dies zeige die Solidarität mit Frankreich. Die Landesgruppenvorsitzende sagte deutlich: „Wer unsere Werte vernichten will, greift uns an. Wer unsere französischen Freunde mit Terror und Schrecken überzieht, der meint auch uns.“

Deshalb rücke man nun enger zusammen – nicht nur in Deutschland, nicht nur in Europa, sondern in der Welt.

Am Sonntag vergangener Woche setzten 50 Staats- und Regierungschefs in Paris ein Zeichen. Sie marschierten gemeinsam gegen den Terror. Am Dienstag kamen tausende Menschen zur Mahnwache der Muslime für Toleranz und Weltoffenheit in Berlin. Auch die Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt und weitere CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete nahmen daran teil.

„Unsere Werte sind stärker als der Terror“

Der 7. Januar, der Tag an dem die Anschläge in Paris passierten, sei auch ein Signal – ein Signal sich die westlichen Werte noch stärker bewusst zu machen, sagte Hasselfeldt. Ganz ohne Aktionismus müsse man nun die Mittel im Kampf gegen den Terrorismus überdenken. Oberstes Prinzip sei dabei die Verhältnismäßigkeit. Die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit sei der Kern des Rechtsstaates. Denn das eine gehe nicht ohne das andere, unterstrich Hasselfeldt. Man benötige schneller einen Überblick, woher die Gefährder kommen und wohin sie wollen. Zudem müsse die Sympathiewerbung für terroristische Vereinigungen unter Strafe gestellt und die Mindestspeicherung von Verbindungsdaten neu geregelt werden. Es könne nicht sein, dass das Speichern von Daten im Zusammenhang mit Rechnungen erlaubt sei, jedoch nicht, wenn es um die Sicherheit gehe. „Es ist die originäre Aufgabe des Staates für die Sicherheit unserer Bürger zu sorgen“, so Hasselfeldt.



Liebe Leserinnen und Leser,

der abscheuliche Anschlag in Paris hat uns alle erschüttert. Den Opfern der feigen Anschläge und ihren Familien gilt in dieser schwierigen Zeit unser Mitgefühl und unsere Anteilnahme.

Bei aller Trauer stimmen mich viele Reaktionen zuversichtlich, dass die Terroristen ihr eigentliches Ziel nicht erreichen werden: Furcht zu verbreiten, die unsere Werte lähmt und zerstört. Millionen von Menschen in Frankreich und weit darüber hinaus haben am Sonntag mit ihrem Protest den Wert der Freiheit in beeindruckender Weise zum Ausdruck gebracht. Sie zeigen ihre Solidarität mit genau den Werten, die die Terroristen bekämpfen. Die Berichte in allen Medien machen unmissverständlich klar, dass unsere Grundwerte wie Meinungsfreiheit, Glaubensfreiheit und Pressefreiheit stärker sind als jeder Terror.

In Deutschland haben Vertreter aller großen Religionsgemeinschaften – Christen, Juden und Muslime – mit einem gemeinsamen Manifest gegen den Terror reagiert: Im Namen Gottes darf nicht getötet werden. Wir werden nicht zulassen, dass Fanatismus, Terror und Gewalt unsere gemeinsamen Werte zerstören.

Innenminister de Maizière hat in Kreuth unterstrichen, dass wir bereits einiges im Kampf gegen den islamistischen Terror unternommen haben und diesen Weg konsequent fortsetzen. Wir werden weiterhin gegen islamistische Vereinigungen und Dschihadisten vorgehen, Strafbarkeitslücken schließen und unseren Behörden die rechtlichen und technischen Mittel zum Schutz der Bürger zur Verfügung stellen. Wer unsere freiheitlich-demokratische Ordnung bekämpft, dem werden wir gemeinsam mit aller Härte und Entschlossenheit begegnen.

Die Terroristen können gegen uns und unsere Werte kämpfen. Den Kampf gewinnen können sie nicht!

Florian Oßner MdB

Bundshaushalt 2014

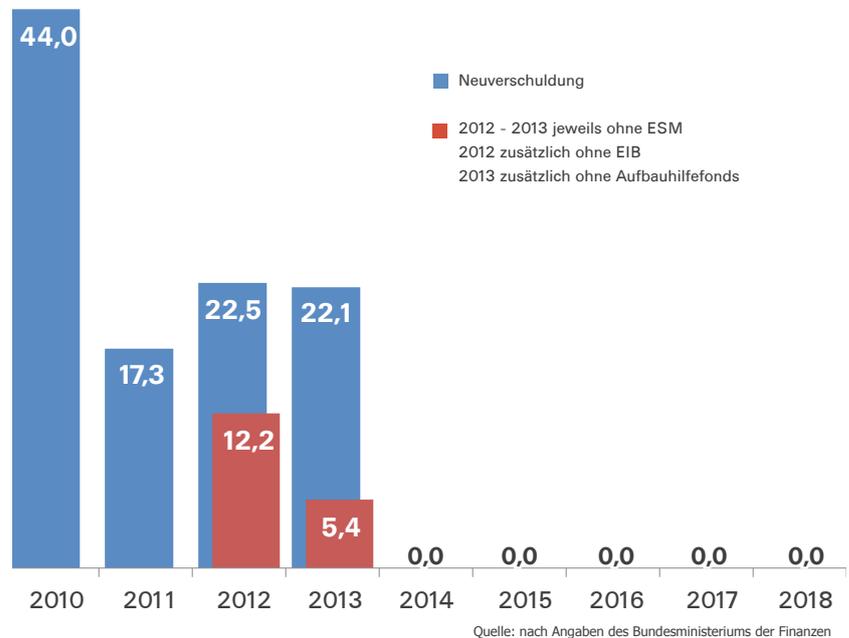
Historischer Erfolg

Die schwarze Null steht – und das ein Jahr früher als zunächst geplant. Schon im Bundshaushalt 2014 machte der Bund keine neuen Schulden.

Die Nachricht aus dem Finanzministerium kam Dienstagvormittag. Ein Schreiben mit historischem Wert. Erstmals seit 1969 – damals unter Finanzminister Franz Josef Strauß – nahm der Bund bereits im Jahr 2014 keine neuen Schulden auf. Ursprünglich war dies erst für den Haushalt 2015 geplant. „Das ist solide Haushaltspolitik“, unterstrich Dr. Reinhard Brandl (CSU) in der Aktuellen Stunde am Mittwoch. Bei der Frage der Neuverschuldung gehe es um die Glaubwürdigkeit der staatlichen Finanzpolitik insgesamt, so Brandl. Die Botschaft, dass die unionsgeführte Bundesregierung ihre Versprechen halte, führe auch zu mehr Vertrauen in der Wirtschaft und für Europa.

Keine neuen Schulden schon 2014

Entwicklung der Neuverschuldung des Bundes in Mrd. Euro



Diese Woche

- Regierungserklärung zu den Anschlägen von Paris **Im Kampf gegen den Terror** 1
- Bundshaushalt 2014 **Historischer Erfolg** 2
- Bundestags-ABC **Was ist eine ... Kernzeitdebatte?** 2
- Nationaler Bildungsbericht 2014 **Zeugnisse für die Bildung** 3
- Zur internationalen grünen Woche **Über den Tellerrand geschaut: Gesunde Ernährung stärken** 3
- Geburtstage **Herzlichen Glückwunsch** 3
- Personalausweisentzug **Ersatzpapier für deutsche IS-Kämpfer** 4
- Währungsunion **Griechenland und der Euro** 4
- Gegen den IS-Terror **Mission Ausbildung im Nordirak** 4
- Assoziierungsabkommen **Ukraine, Georgien, Moldau** 4

IMPRESSUM:
 Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
 Foto Editorial: Pleyer Landshut
 Redaktion: Inge Niebergall
 Verantwortliche Redakteurin: Linda Dietze
 11011 Berlin · Platz der Republik 1
 Telefon: (030) 227 - 70212
 e-mail: bab@cducsu.de
 internet: www.csu-landesgruppe.de
 Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Bundestags-ABC

Was ist eine ... Kernzeitdebatte?

Über 500 Stunden tagte das Plenum des Deutschen Bundestages im vergangenen Jahr insgesamt. Und auch in diesem Jahr stehen zahlreiche Entscheidungen auf der Tagesordnung. Besonders wichtige Themen werden dabei in der sogenannten Kernzeit debattiert.



Foto: Deutscher Bundestag/Marc-Steffen Unger

Die Entscheidungen, die im Deutschen Bundestag getroffen werden, betreffen das ganze Land und jeden Einzelnen. Um das öffentliche Interesse an Plenardebatten jedoch zu erhöhen und die Glaubwürdigkeit zu verbessern, wurde mit der Parlamentsreform 1995 die Kernzeit eingeführt.

Das bedeutet, dass besonders wichtige Themen ganz oben auf der Tagesordnung stehen und während dieser Zeit – meist am Donnerstag-

vormittag – keine Sitzungen anderer Gremien stattfinden. Somit können bei wichtigen Themen alle Abgeordneten an den sogenannten Kernzeitdebatten teilnehmen und anschließend abstimmen.

Die Tagesordnung des Bundestages wird im Ältestenrat vereinbart. Die Mitglieder des Gremiums verständigen sich, welche Themen als besonders wichtig gelten und somit in der Kernzeit debattiert werden.

Nationaler Bildungsbericht 2014



Foto: picture alliance/dpa

Zeugnisse für die Bildung

Die Situation der Bildung hat sich in Deutschland verbessert. Das bescheinigt der nationale Bildungsbericht 2014, der am Freitag im Deutschen Bundestag debattiert wurde. So erhalten unter anderem unter dreijährige Kinder wesentlich häufiger frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung als früher. In Westdeutschland hat sich dies seit 2006 verdreifacht.

Allerdings hat sich auch die Zahl der Hochschulabsolventen seit 2002 verdoppelt, bilanziert der Bericht. Damit beginnen erstmals genauso viele junge Leute ein Studium wie eine berufliche Ausbildung. Bereits auf ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth hat die CSU-Landesgruppe einen Beschluss zur Stärkung der beruflichen Ausbildung gefasst. Darin soll unter anderem durch Verbesserungen beim Meisterbafög die Attraktivität der dualen Ausbildung erhöht werden. Denn sie ist auch ein Grund dafür, warum die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland so gering ist.

Zur internationalen grünen Woche

Über den Tellerrand geschaut: Gesunde Ernährung stärken

„Wir müssen gesundheitliche Gefahren reduzieren, wir müssen aber vor allem informieren“, sagte Christian Schmidt (CSU), Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, am vergangenen Donnerstag in der Debatte „Gesunde Ernährung stärken - Lebensmittel wertschätzen“. Er unterstrich, dass es nicht zu viele Regelungen geben dürfe, das Bewusstsein für eine gesunde Ernährung aber weiter gestärkt werden müsse.

Jeder wirft pro Jahr durchschnittlich 82 Kilogramm Lebensmittel weg – das entspricht etwa zwei vollgepackten Einkaufswagen. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft startete deshalb das Projekt „Zu gut für die Tonne“. Auf diese Weise soll die Motivation für eine gesunde Ernährung nachhaltig gestärkt werden.

Ein entsprechender Antrag wurde am Donnerstag von den Koalitionsfraktionen in den Bundestag eingebracht. Am Freitag hat in Berlin zudem die internationale grüne Woche begonnen – eine Messe rund um die Themen Ernährung und Landwirtschaft.

In ihrem Antrag fordert die Koalition, Kinder und Jugendliche stärker als



Foto: picture alliance/foodcollection

bisher über gesunde und sichere Lebensmittel sowie über die Zusammenhänge von Ernährung, Bewegung und Gesundheit aufzuklären. Darüber hinaus sollen die von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) entwickelten Qualitätsnormen für die Verpflegung in öffentlichen Einrichtungen als Standards eingeführt werden. Wichtig ist dabei der enge Aus-

tausch mit den Produzenten unserer Lebensmittel: Gemeinsam mit ihnen soll eine Strategie zur Reduktion von Zucker, Fett und Salz in Kinderfertigprodukten erarbeitet werden. Für die CSU-Landesgruppe ist es besonders wichtig, die Wertschätzung unserer sicheren Lebensmittel zu erhöhen und für einen ausgeglichenen Lebensstil zu sensibilisieren.

Geburtstage



Alois Rainer



Barbara Lanzinger

Foto: Eleana Hegerich

Herzlichen Glückwunsch!

Barbara Lanzinger und Alois Rainer haben kürzlich ihre runden Geburtstage gefeiert. Lanzinger wurde 60 Jahre alt, Rainer 50. Die CSU-Landesgruppenvorsitzende gratulierte beiden feierlich auf der Klausurtagung in Wildbad Kreuth im Rahmen des Kreuther Abends.

Barbara Lanzinger war bereits von 2002 bis 2005 Bundestagsabgeordnete. Nach der Wahl im September 2013 schaffte die Ambergerin den Wiedereinzug. Hasselfeldt würdige vor allem Lanzingers soziales Engagement und ihren Einsatz in der Frauenpolitik.

Alois Rainer sitzt ebenfalls seit 2013 im Parlament, zuvor war der gelernte Metzgermeister Bürgermeister von Haibach. Vor allem die Belange der Wirtschaft, des Mittelstands und des Handwerks stehen auf seiner politischer Agenda ganz oben. Er ist zudem Mitglied im Haushaltsausschuss sowie im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft.

Personalausweisentzug



Foto: picture alliance/dpa

Ersatzpapier für deutsche IS-Kämpfer

Das Bundeskabinett hat die Weichen dafür gestellt, dass die Ausreise und Wiedereinreise von Islamisten künftig besser verhindert wird. Bundesminister Thomas de Maizière hat den entsprechenden Gesetzentwurf am Mittwoch in der Regierbefragung im Deutschen Bundestag präsentiert.

Allein aus Deutschland zogen bisher rund 600 Personen als IS-Kämpfer in den „Heiligen Krieg“ nach Syrien oder in den Irak. Diesen radikalisierten Anhängern des sogenannten Islamischen Staates (IS) soll künftig bis zu drei Jahren der Personalausweis entzogen werden können. Stattdessen bekommen sie ein Ersatzpapier, was nicht mehr zur Ausreise berechtigt. Damit können sie bei Grenzkontrollen schneller als bisher als nicht ausreiseberechtigt

identifiziert werden. Denn den Behörden ist es derzeit nur erlaubt, den Reisepass zu entziehen. Mit der geplanten Gesetzesänderung soll verhindert werden, dass IS-Kämpfer über Länder ausreisen, in denen kein Pass benötigt wird. Dies sei ein wichtiger Schritt im Kampf gegen den Extremismus und für die innere Sicherheit in Deutschland, sagte Michael Frieser, innen- und rechtspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe.

Assoziierungsabkommen

Ukraine, Georgien, Moldau

Am Freitag wurden in erster Lesung die Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, Georgien und der Republik Moldau debattiert. Die EU und diese drei Länder haben bereits im März und Mitte Juni 2014 die Abkommen unterzeichnet, welche vom Deutschen Bundestag noch ratifiziert werden müssen.

Diese Verträge sollen die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und somit auch zwischen Deutschland und den EU-Nachbarländern Ukraine, Georgien und der Republik Moldau verstärken. Neben einer engeren außenpolitischen Zusammenarbeit sollen auch Wirtschafts- und Handelsfragen durch die Abkommen besser abgestimmt werden. Dies stabilisiere die Länder und führe zu mehr Rechtsstaatlichkeit. Die CSU-Landesgruppe betonte in ihrem Beschluss von Kreuth, dass sie die Assoziierung begrüße, ein EU-Beitritt der Länder aber derzeit nicht anstehe.

Währungsunion



Foto: picture alliance/chromorange

Griechenland und der Euro

„Die Zukunft Griechenlands liegt im Euro-Raum“, das stellte Bartholomäus Kalb in der Aktuellen Stunde zur Zukunft Griechenlands am Donnerstag fest. Trotz der anstehenden Parlamentswahlen am 25. Januar ist der haushalts- und finanzpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe überzeugt, dass ein Ausstieg Griechenlands derzeit keine Frage sei. „Wir dürfen keine leichtfertigen Diskussionen führen, ob ein Land Mitglied der Euro-Zone sein soll oder nicht“, sagte Kalb im Plenum. Durch die Strukturreformen seien bereits Erfolge erzielt worden, auch wenn die Reformen manche als bittere Pille empfanden. „Es wäre sehr schade, wenn die erreichten Erfolge jetzt zunichte gemacht würden“, unterstrich Kalb und betonte, Solidarität sei keine Einbahnstraße. Deshalb gehe er davon aus, dass sich auch Griechenland an die geschlossenen Verträge halte.

Gegen den IS-Terror



Foto: picture alliance/dpa/dpaweb

Mission Ausbildung im Nordirak

Der sogenannte Islamische Staat (IS) treibt einen brutalen und blutigen Krieg. Von den Vereinten Nationen wird dieser Terror als Gefahr für die internationale Sicherheit gesehen. Deutschland hat bereits Waffen im Kampf gegen der IS geliefert. Nun soll zusätzlich eine Ausbildungsmission die Sicherheitskräfte in der Region Kurdistan-Irak sowie die irakischen Streitkräfte unterstützen. Ein entsprechender Antrag der Bundesregierung wurde am Donnerstag in erster Lesung im Deutschen Bundestag beraten. „Die Unterstützung vor Ort hilft letztlich auch uns“, machte Florian Hahn, außen- und sicherheitspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe, deutlich.

Befristet bis zum 31. Januar 2016 sollen bis zu 100 Soldaten der Bundeswehr an der Mission teilnehmen.